



## Im Brennpunkt

### **Kautschuk-Konzern vertreibt Bauern in Liberia**

Verstoss gegen Landrechte, Vertreibungen, Gewalt: Der luxemburgische Kautschuk-Konzern Socfin und seine Schweizer Tochterfirma Sogescol sind gemäss einem Bericht der Entwicklungsorganisation Brot für alle in Menschenrechtsverletzungen in Liberia involviert. Der Konzern erweiterte seine Kautschuk-Plantagen im westafrikanischen Liberia, um mehr Naturgummi zu produzieren. Für die Dörfer im Umfeld der Plantagen hatte die Expansion verheerende Folgen.

«Als das Unternehmen hierherkam, wurde uns gesagt, dass sich unser Leben verbessern würde. (...). Wir wussten damals nicht, dass [die Plantage] kein Segen sein sollte, sondern die Hölle.» So fasst ein Bauer zusammen, was sich zugetragen habe. Denn beim Ausbau der Kautschuk-Monokulturen verloren zahlreiche Menschen ihr fruchtbares Agrarland, auf das sie zum Überleben angewiesen sind. Zudem wurden Kultstätten und Gräber zerstört, der Zugang zu Wasser hat sich verschlechtert. Viele Menschen in den Dörfern berichten, Pestizide der Plantage habe ihr Wasser verunreinigt.

Gemäss einem Bericht der SRF Rundschau wurden mehr als zwei Dutzend Dörfer zerstört und die Einwohner/innen vertrieben. «Wenn der Bulldozer kommt, kannst du nicht im Dorf bleiben», erzählt einer der Dorfältesten. Und die Bäuerin Yassa Mulbah berichtet: «Die Bulldozer kamen früh am Morgen, zusammen mit vielen Männern. Die trugen Macheten. Es war wie zur Zeit des Bürgerkriegs. Wir hatten grosse Angst, dass sie uns verletzen und niemand je erfahren wird, was uns geschieht.» Bis heute kämpft die Familie um eine Rückgabe des Landes – vergeblich. Zahlreichen Familien geht es so – obwohl sie teilweise sogar über offizielle Landtitel verfügen.

Kompensationen sind zwar teilweise geflossen, aber sie reichen nicht aus, um die früheren Lebensbedingungen der betroffenen Personen zumindest wiederherzustellen. Heute leiden vor allem Frauen unter dem verlorenen Zugang zu Wald und Ackerflächen, denn sie sind für die

Ernährung der Familie verantwortlich. Es sind auch die Frauen, die berichten, dass sie immer wieder sexueller Gewalt durch Sicherheitsleute der Plantagen und Subunternehmer ausgesetzt sind. Bei einem besonders schwerwiegenden Vorfall im Jahr 2013 haben Sicherheitsleute der Plantagen und die Polizei das Dorf Daokai innerhalb des Socfin-Konzessionsgebiets überfallen. Sie plünderten gemäss Berichten Häuser, stahlen elektronische Geräte und verprügelten einen Dorfbewohner.

SRF-Rundschau vom 20.2.2019: <http://bit.ly/srf-socfin>  
Bericht von Brot für alle: <http://bit.ly/bfa-socfin>

## Schauplatz Schweiz

### **Kein Kompromiss zu Konzernverantwortung**

Nachdem der Nationalrat im Juni letzten Jahres mit 121 zu 73 Stimmen einen indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative verabschiedet hat, verwarf der Ständerat diesen am 12. März mit knapper Mehrheit. Nach eineinhalb Jahren und insgesamt 15 Kommissionssitzungen entschied sich die kleine Kammer gegen Eintreten. Damit hat sich die kompromisslose Haltung von Swissholdings und Economiesuisse durchgesetzt. Die Initiant/innen hatten zu zwanzig Einschränkungen gegenüber der Initiative Hand geboten. Jetzt liegt der Ball beim Nationalrat – die Initiant/innen stehen nach wie vor zu ihrer Bereitschaft, die Initiative zurückzuziehen, wenn ein griffiger Gegenvorschlag verabschiedet würde. Die breite Koalition hinter der Initiative, bestehend aus einem Wirtschaftskomitee, über 100 Organisationen der Zivilgesellschaft sowie kirchlicher Kreise bereitet sich auf die Abstimmung vor.

## Schauplatz International

### **Verbindliche Regeln für deutsche Konzerne**

Am 11. Februar 2019 berichtete die TAZ erstmals über einen Gesetzentwurf aus dem Bundesministerium für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der deutsche Unternehmen zur Achtung ökologischer und sozialer Standards in ihren globalen Lieferketten verpflichten will. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und auch Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) setzen sich gemeinsam für den Entwurf ein: «Viele [Unternehmen] sind Vorreiter und engagieren sich in freiwilligen Initiativen. Ein Gesetz würde alle großen Unternehmen in die Pflicht nehmen. Das würde die Vorreiter absichern und Rechtssicherheit schaffen», so Müller beim 5. Zukunftsforum in Berlin. Der Entwurf enthält Vorschläge für ein sogenanntes «Nachhaltiges Wertschöpfungskettengesetz». Es definiert, welche verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten deutsche Unternehmen im Hinblick auf ihre Abnehmer und Zulieferer im Ausland haben. Dabei sind Sanktionen von bis zu fünf Millionen Euro Bussgeld, mögliche Freiheitsstrafen sowie zivilrechtliche Haftungsmechanismen vorgesehen.

### Fallbeispiele

#### **Schweizer Raffinerie importiert dreckiges Gold**

Die SRF Rundschau berichtete über die Minen-Stadt «La Rinconada» in Peru, wo Tausende Kleinschürfer unter widrigsten Bedingungen nach Gold graben. Quecksilberverseuchtes Trinkwasser, Gewalt, Prostitution und Frauenhandel prägen den Ort am Fusse eines Gletschers. Die Goldraffinerie Metalor aus Neuenburg bezog Gold aus dieser Gegend, gemäss eigenen Aussagen aber nur aus legalen und sauberen Quellen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker kritisiert diese Aussage seit Jahren als irreführend und weist darauf hin, dass die riesige Menge Gold, welche Metalor bezieht, kaum nur von registrierten Schürfern stammen kann. In Peru ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den umstrittenen Zulieferer des Schweizer Unternehmens wegen Handel mit illegalem Gold, Geldwäscherei und Bildung einer kriminellen Organisation.

SRF Rundschau vom 13.03.19: <http://bit.ly/srf-Gold>

#### **Kinder durch Syngenta-Pestizid vergiftet**

Im Mai 2013 wurden im brasilianischen Rio Verde über 90 Kinder und Erwachsene vergiftet, als der Pilot eines Agrarflugzeugs eine Schule mit einem Insektizid von Syngenta einnebelte. Dies berichtet Public Eye in einer neuen Recherche. Im März 2018 sind sowohl das Luftfahrtunternehmen Aerotex wie auch Syngenta Brasilien von einem regionalen Bundesgericht verurteilt worden – jedoch lediglich zu einer tiefen Geldstrafe. Viele der

Betroffenen leiden immer noch unter den Folgen. Auf eine Wiedergutmachung warten die Opfer bis heute.

#### **Erneute Gewalt in Peru**

Der Blick berichtete Mitte Januar erschreckendes aus einer Glencore-Mine aus Peru: Videoaufnahmen vom 29. Dezember zeigen, wie Sicherheitsleute von Glencore indigene Bäuerinnen mit Steinen attackieren. Eine Frau wird von einem Glencore-Angestellten zu Boden gerissen. Die betroffenen Bäuerinnen, die im Video zu Wort kommen, sehen sich ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die Aufnahmen hat ein peruanischer Journalist gemacht. Der Hintergrund: Glencore will die Kupfermine Antapacay vergrössern. Dafür schreckt der Konzern offenbar auch nicht davor zurück, Menschen von ihrem Land zu vertreiben. Schon im letzten Frühling hat die Organisation Comundo berichtet, dass Glencore mit Gewalt gegen die betroffenen Bäuerinnen vorgegangen ist.

#### **Bereits 5jährige auf den Baumwollfeldern**

Kinderarbeit ist auf den Baumwollfeldern Burkina Fasos nach wie vor ein grosses Problem. Ein Bericht von Solidar Suisse zur Baumwollproduktion in Burkina Faso zeigt, dass Kinder pflügen, säen und ernten, mit gefährlichen Werkzeugen oder mit chemischen Düngern und Pestiziden hantieren. Verletzungen, Atemprobleme und Augenleiden sind die Folge. Lange Arbeitstage von 9 bis 10 Stunden verunmöglichen den Schulbesuch oder ermüden die Kinder derart, dass sie dem Unterricht nicht mehr folgen können. Auch Schweizer Baumwollhändler profitieren von der Kinderarbeit in Burkina Faso: Die Louis Dreyfus AG, ein Milliardenkonzern mit Sitz in Genf, ist der grösste Baumwollhändler der Welt und ein wichtiger Käufer von burkinischer Baumwolle. Auch die Reinhart AG aus Winterthur handelt mit Baumwolle aus Burkina Faso.

### Weitere Infos

Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

- [www.konzern-initiative.ch](http://www.konzern-initiative.ch)
- Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen: [www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch](http://www.verantwortungsvolle-unternehmen.ch)
- Business & Human Rights Resource Centre, London: [www.business-humanrights.org](http://www.business-humanrights.org)